

Prekarierte, vereinigt euch

Von Angela Klein



Angela Klein koordiniert die Märsche gegen Prekarisierung 2007 in Deutschland.
Foto: privat

Das Prekariat, bis dato ein Wortungetüm, das vorwiegend in der Soziologie Verwendung fand, hat Platz auf den Titelseiten von Boulevardblättern gefunden. In der aktuellen Debatte mischt es sich fröhlich mit dem Begriff der Unterschicht, der nicht weniger unspezifisch umherwabert. Wo Unterschicht aber Ausgrenzung meint, steckt im Prekariat mehr: nämlich Erosion und Verdrängung des bis dahin vorherrschenden Normalarbeitsverhältnisses. Das neue Proletariat wird künftig wieder auf die Lebensbedingungen der Ururgroßeltern treffen.

Prekär heißt unsicher, instabil – wegen befristeten Jobs, zu geringen Einkommens, weil ein Beschäftigungsverhältnis illegal ist oder sozial nicht richtig abgesichert, weil es keinen Tarifvertrag gibt oder einen, der alle bisherigen unterläuft, gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb verboten ist, aber auch weil man die Wohnung nicht mehr halten kann oder die eigene Qualifikation nichts mehr zählt. In Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien bedarf das Wort keiner Übersetzung. Prekär ist das Gegenteil dessen, was in den letzten 40 Jahren »normal« war: die Möglichkeit zu einer Lebensplanung, die zumindest einen bescheidenen sozialen Aufstieg ermöglicht. In den meisten EU-Staaten gehört das der Vergangenheit an. Wachstum

bringt da gar keine Besserung, im Gegenteil: Der kleine Aufschwung, den es um die Jahrtausendwende gab, wurde dazu genutzt, die Teilzeitarbeit und die befristeten Beschäftigungsverhältnisse auszubauen. Als die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung – ein europaweites Netzwerk von Erwerbsloseninitiativen – sich vor zehn Jahren gegen den EU-Vertrag von Amsterdam auf den Weg machten, prangerten sie an, dass dort nur von einer Wirtschaftsunion, nicht aber von einer Sozialunion die Rede ist. Trotz zahlreicher Proteste bei vielen EU-Gipfeln hat sich niemals einer der Ratsherren oder Kommissare dazu hergegeben, ihr Anliegen anzuhören. Aber reagiert haben sie – mit einer EU-weiten »Beschäftigungspolitik«, die folgende Vorgaben machte: Die Erwerbsquote muss auf 70 Prozent erhöht werden, dazu müssen »die Lohnkosten für gering qualifizierte Tätigkeiten um 20 bis 30 Prozent gesenkt« und die Transferleistungen bei Erwerbslosigkeit entsprechend gekürzt werden. Die Deregulierung der sozialen Sicherungssysteme und der Arbeitsmärkte wird seither auf europäischer Ebene koordiniert, und der Schraubstock im Nacken sind die Maastricht-Kriterien über Verschuldung und Preisstabilität.

Wenn es für das kommende Jahr zum G 8-Gipfel in Heiligendamm erneut eine Initiative für europaweite Märsche gibt, dann können diese sich nicht mehr darauf beschränken, die Massenarbeitslosigkeit zu skandalisieren. Die Existenzunsicherheit als solche ist im Visier. Die neue *conditio humana*, das Proletariat als Prekariat, steht am Pranger. Neue Bündnisse bilden sich – weit über den Betrieb und die jeweilige Gewerkschaft hinaus. In ihrem Mittelpunkt stehen nun die Infragestellung der Konkurrenz aller gegen alle als Triebkraft von Ökonomie und Gesellschaft und die Herstellung praktischer und grenzübergreifender Solidarität. Die Überwindung der Lohnkonkurrenz durch die gemeinsame internationale Organisation – das ist der Grundgedanke der Arbeiterbewegung überhaupt. Wer ihn wieder entdeckt, findet den Hebel, die Macht des Kapitals zu brechen.

<http://www.nd-online.de/funkprint.asp?AID=99293&IDC=43&DB=O2P>

ND 20.10.06

Neustart für Euromärsche

Protestaktionen gegen Treffen der G8 geplant

Von Peter Nowak

Vom 17. Mai bis 2. Juni 2007 sollen Menschen aus ganz Europa zum Ostseebad Heiligendamm marschieren. Ihr Ziel ist der dortige G8-Gipfel.

Die Teilnehmer des Euromarsches wollen ihre Stimme gegen Existenzunsicherheit, Armut und Ausgrenzung erheben. Dieses Anliegen wurde auf einem bundesweiten Treffen von Initiativen aus dem sozialen und gewerkschaftlichen Bereich am vergangenen Wochenende in Hannover bekräftigt. »Das G8-Treffen wird nicht Anfang Juni in Heiligendamm verhindert. Wir müssen in unserem Alltag den Widerstand gegen die politischen Entscheidungen der Staatshäupter organisieren und bündeln«, meinte Angela Klein, die schon in der Vergangenheit zu den Koordinatoren des Euromarsches gehörte. Schon Anfang der 90er Jahre organisierten Erwerbsloseninitiativen und sozialpolitische Gruppen aus verschiedenen europäischen Ländern Protestmärsche zu EU-Gipfeln. Der letzte führte 1997 nach Amsterdam. Die ursprüngliche Idee, jedes Jahr einen solchen Protestmarsch zu den jeweiligen Tagungsorten der EU-Spitzen durchzuführen, wurde fallen gelassen, nachdem das Prinzip der wechselnden Gipfelorte aufgegeben worden war. Die Treffen finden nun meist in Brüssel statt. Deutschland hat in der ersten Hälfte des Jahres 2007 die EU-Ratspräsidentschaft inne und ist Gastgeberland für den G8-Gipfel. Diese beiden Ereignisse sind der Grund für die Reaktivierung der Märsche nach zehn Jahren. Politisch hat sich für die Organisatoren in dieser Zeit nichts zum Besseren gewendet. »Wenn die Erwerbslosigkeit in den meisten Ländern der EU etwas abgenommen hat, so lag dies nur daran, dass es nur noch unsichere Arbeitsplätze gibt. Vollzeitarbeit mit angemessenem Lohn ist so gut wie nicht mehr zu haben«, heißt es in einem vorläufigen Aufruf für die Märsche. Auf dem Europäischen Sozialforum in Athen im Mai 2006 hatte der Vorschlag breite Zustimmung gefunden. Initiativen aus Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland haben ihre Teilnahme zugesagt. Auch aus mehreren osteuropäischen Ländern gibt es Interesse. Manche wollen sich die gesamten zwei Wochen an der Aktion beteiligen, andere nur an Etappen. In Deutschland steckt die Vorbereitung noch in der Anfangsphase. Mittlerweile gibt es im Ruhrgebiet, in Südwestdeutschland, in Sachsen und Berlin erste Koordinierungsstellen. Die Hauptarbeit aber beginnt im nächsten Jahr. Dann ist auch ein europaweiter Kongress geplant, auf dem sich die Initiativen der unterschiedlichen Länder besser kennen lernen sollen. Schließlich soll der Marsch ein tragfähiges Fundament für ein europaweites Netzwerk gegen Prekarisierung bilden.

<http://www.nd-online.de/funkprint.asp?AID=98923&IDC=43&DB=O2P>